

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

Preis 1,50

Bonn, den 25. Juni 1964

Hier veröffentlicht in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1-10	Vor einem Jahr	64

John F. Kennedy in Berlin

11	Bundesrepublik - kein Toden für Terroristen	20
----	---	----

Zum Urteil im Kreuzen-Prozess

12	Schritt zum Rechtsstaat hin ?	51
----	-------------------------------	----

Feindliche Forme in General Francos Kriegsgerichtsbarkeit

13	An der "Roten Riviera" treffen sich West und Ost	93
----	--	----

Gesamtdeutsche Begegnung 1964 am Schwarzen Meer

Von Ernst August Kochlau, z.B. Varna (Bulgarien)

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

25. Juni 1964

Vor einem Jahr

John F. Kennedy in Berlin

Vor einem Jahr, am 26. Juni 1963, weilte der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, in Berlin. Den Millionen Berlinern und den Millionen Bundesbürgern, die mittelbare und unmittelbare Zeugen dieses Tages waren, bleibt er in unvergeßlicher Erinnerung. Schon bei seiner Ankunft hatte Kennedy das Herz des deutschen Volkes gewonnen, schlugen ihm mächtige Wellen von Sympathie und Begeisterung entgegen. Kein ausländischer Staatsmann ist den Berlinern so nahe gerückt wie der jüngste Präsident der USA. Sie empfanden ihn als einen der ihrigen, und Kennedy selbst betrachtete sich als Berliner; er war stolz darauf, einer zu sein.

Seine einmalige Persönlichkeit hinterließ wegweisende Spuren. Er gab seiner Nation eine neue Vision und einer von Kriegsängsten erschütterten Welt die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Für viele junge heranwachsende Menschen in allen Kontinenten war und ist er ein Vorbild, das Vorbild eines Mannes, der wohl von den Gefahren, die Frieden, Freiheit und die Wohlfahrt der Völker bedrohen, warnte, aber an ihnen nicht verzweifelte oder vor ihnen kapitulierte.

Dachte Kennedy seiner Zeit um Jahrzehnte voraus? Unterschätzte er die Schwierigkeiten, unterschätzte er die Macht der beharrenden, reaktionären, dem Gestern angewandten Kräfte? Wurde er deshalb im November des gleichen Jahres das Opfer eines feigen Mordanschlags? Letzte Gewissheit darüber werden wir zu unseren Lebzeiten wohl nicht erhalten.

John F. Kennedy verlebte in seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche und vor den Studenten der Freien Universität Berlin seine Gedanken über eine enge Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und einer einheitlichen, mit einer Stimme sprechenden Europa, die er zuvor in einer Botschaft an den USA-Kongreß entwickelt hatte. Diese weit in die Zukunft hineinreichenden Gedanken haben nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Die Vereinigten Staaten, so mächtig sie auch sind, und ein zur Einheit zusammengewachsenes Europa freier Völker, so stark es auch werden könnte, sind, jeder auf sich allein gestellt, nicht in der Lage, die Probleme der zweiten Hälfte dieses

25. Juni 1964

Jahrhunderts zu meistern. Weder können sie allein den Gefahren eines dynamischen Kommunismus widerstehen noch Hunger, Elend, Krankheit und Seuchen, die eigentlichen Geißel für ein Drittel der Menschheit, bannen. Dazu darf es der zusammengefaßten moralischen, geistigen, politischen und materiellen Energie der Europäer und der Amerikaner. Dorein Macht und Einfluß allein sichern im Atomzeitalter und einer Zeit revolutionärer Entwicklungen den Frieden.

Daran sei an der einjährigen Wiederkehr des Tages, an dem Kennedy vom Balkon des Schöneberger Rathauses in Berlin zu den Deutschen und zu der Welt sprach, erinnert. Wir sind noch weit weg von dem, was Kennedy, der Prophet eines neuen Zeitalters, erstrebte und worauf er seine ganze Kraft verwandte. Die europäische Wirklichkeit von heute bringt manchen Kleinstütigen zur Verzweiflung, hochgespannte Erwartungen gingen nicht in Erfüllung und oftmals will es scheinen, als würde der graue Alltag die Beschäftigten der Visionen eines J. F. Kennedy verdrängen. Das scheint jedoch nur so. Mächtige Kräfte wirken in der von Kennedy gezeigten Richtung zu verwirklichen, was ihm vorschwebte. bleibt die Verpflichtung von heute und morgen.

Bundesrepublik - kein Boden für Terroristen

Zum Urteil im Kroaten-Prozess

sp - Das Urteil im Bonner Kroaten-Prozess ist hart, aber gerecht fertig. Die Bundesrepublik darf kein Boden sein für die Aktivität von Terroristengruppen. Wer in freivolhafter Absicht, wenn auch patriotisch getarnt, Sprengstoffanschläge verübt, den muß die ganze Härte des Gesetzes treffen. Die Attentäter, wohl organisiert, waren und sind Gegner des Tito-Regimes, sie genossen, wie es politischen Flüchtlingen zukommt, in der Bundesrepublik das Asylrecht. Sie machten davon einen Gebrauch, der nicht toleriert werden kann. Es handelte sich freilich um politische Flüchtlinge besonderer Art. Viele von ihnen gehörten während des zweiten Weltkrieges der Usta schi-Organisation an, auf deren Konto schreckliche Grausamkeiten begangen an der serbischen Bevölkerung, fielen. Sie glaubten wohl ihre dort gewonnenen Erfahrungen nun auf deutschem Boden gegen Angehörige Tito-Jugoslaviens anwenden zu können. Das Urteil des Bonner Schwurgerichts machte solchen Spekulationen nun ein Ende. Es ist zu hoffen, daß von diesem Urteil eine abschreckende Wirkung ausgeht. Der Mißbrauch des Asylrechts, eines in den zivilisierten Staaten geschützten Rechtes, verstößt gegen gute Sitten und kann nicht gestattet werden.

Eine positive Bilanz

Erkenntnisse des "Rheinischen Merkur"

H.B. - Die Zusammensetzung der Bundesversammlung, die am 1. Juli in Berlin zur Wahl des Bundespräsidenten zusammentritt, ruft es in Erinnerung, die Sozialdemokraten sind zur Zeit die wähler- und mandatsreichste Partei in den Bundesländern. Von den 52 Wahlmännern die die Landtage entsenden - die anderen 52 Mitglieder der Bundesversammlung delegiert der Bundestag - stellt die SPD mit 27 die stärkste Vertretung aus den Ländern, die Christlichen Demokraten folgen mit 23 Wahlmännern erstmals nur auf Platz 2.

An die versäufte Position der Deutschen Sozialdemokratie in den Bundesländern hat der "Rheinische Merkur" in diesen Tagen erinnert: ein Blatt das gewiß nicht verdächtigt werden kann für die SPD Stimmungsmache zu betreiben. Die Koblenzer Wochenzeitung vermerkt die Sozialdemokraten könnten mit Zufriedenheit auf die Wahlbilanz in den Bundesländern blicken. "Zum erstemal haben sie seit 1952 bei den Landtagswahlen die Christlichen Demokraten überflügelt. 43,5 Prozent der gültigen Stimmen wurden dabei insgesamt für die SPD abgegeben; die CDU/CSU erreichte dagegen nur einen Wähleranteil von 38,1 %". Insgesamt weist die Wahlbilanz der Sozialdemokraten gegenüber der Bundestagswahl 1961 einen Stimmenüberschuss von 200 000 auf. "Ein respektabler Erfolg vor allem deshalb, weil einige Millionen Wähler der vierten Bundestagswahl bei den folgenden Landeswahlen Stimmenthaltung übten."

Die SPD, so vermerkt der "Merkur" weiter, sei in den letzten Jahren auch für eine stattliche Schaar ehemaliger CDU- und FDP-Wähler wählbar geworden. "wobei die FDP bei der Bundestagswahl 1961 vermutlich die erste Station dieser Wählerwanderung war". Im Vergleich zu früheren Landtagswahlen seien die sozialdemokratischen Stimmengewinne noch anschaulicher geworden, sie hätten um 1,6 Millionen zugenommen und der Wähleranteil der SPD sei von 39,3 auf 43,3 v.H. gestiegen.

Wörtlich stellt der "Rheinische Merkur" dann fest: "Ihre Ausgangsposition ist weit günstiger als bei den vergangenen vier Wahlen. Auf dem Weg zur politischen Macht in Bonn sind die Sozialdemokraten ein gutes Stück vorangekommen."

Dem bleibt nicht viel hinzuzufügen. Es sei denn der einzige Satz, daß die Sozialdemokraten in Bund und Ländern nicht daran denken, auf den Vorbeeren der Landeswahlen auszuruhen, sondern ihre ganze Kraft dafür einsetzen werden, daß sich das politische Kräfteverhältnis endlich auch im Bundestag entscheidend wandelt.

Schritt zum Rechtsstaat hin ?

Feinliche Faune in General Francos Kriegsgerichtsbarkeit

Bw. - In den letzten Jahren zeigt das von General Franco im Bürgerkrieg 1936 - 1939 begründete totalitäre Regime deutliche Abmilderungserscheinungen. Obwohl der Streik als Vergehen gegen die Staatsicherheit gilt, streiken seit Jahren die Arbeiter in Asturien und im Baskenland von Zeit zu Zeit, um ihre Lebensverhältnisse zu verbessern und im Bergbau bessere Sicherheitsvorkehrungen zu erzwingen. Die Studenten an den Universitäten sind seit 1955 rebellisch. Selbst in den Kreisen von einer katholischen Organisation fordert man dies und jenes, was in dem Rahmen der totalitären Staatsführung nicht mehr hängenzweißt. Obwohl sie einst als Stütze konservativer Beherrschung des alten Spaniens galten, die Juristen ihrerseits haben schon bald nach dem Bürgerkrieg offenbar versucht, rechtsstaatliche Begriffe zu wahren oder durchzusetzen. So ist es wohl als eine Konzeption offener Führung bei Richtern und Rechtsanwählern anzusehen, daß neuerdings die Prozesse gegen Personen, die wegen Verbrechen gegen die Staatssicherheit angeklagt sind, zur nicht mehr vor dem Kriegsgericht, sondern vor einem zivilen Sondergericht behandelt werden. Möglicherweise hat man damit auch das Aufheben von Urteilen wollen, das noch in letzter Zeit gewisse politische Prozesse, so insbesondere das Verfahren gegen den Kommunisten Urbasa in Frankreich erregten.

Der Fall Griñan hat ein Nachspiel, auf das man in Madrid wohl kaum gefaßt war. Der Verteidiger Griñan hat seine Anzeige gegen den Ankläger in diesem Verfahren, den Major der Militärgerichtsbarkeit Manuel Fernández Martín erstattet. Er hat kein Aufgebot in Madrid unter dem Aktenzeichen 181-60 zwei Bescheinigungen angefordert, nach denen der besagte Ankläger des Militärgerichts an der juristischen Fakultät der Universität Sevilla lediglich ein Jahr Inaktiver liegt, wobei ein Examen nicht abgelegt hat und sein Name in keinem register für akademische Grade in Madrid nicht erscheint.

Obwohl nach der spanischen Kriegsgerichtsordnung der Ankläger ein Richtersoffizier und dieser wiederum aufgrund der Laufbahnverordnung ein Militärist sein muß, ist der Major der Militärgerichtsbarkeit Manuel Fernández Martín kein Jurist. Der Verteidiger Griñan, J. Carlos y Martínez del Rincón und einige andere Anwälte, die ebenfalls in politischen Prozessen als Verteidiger aufgetreten sind, folgten darauf, daß die betreffenden Verfahren nicht rechtmäßig sind. Sie haben daher Revision beim Obersten Gerichtshof angemeldet. Auf den Ausgang dieser Verfahren kann man gespannt sein, denn wenn der Revision stattgegeben würde, könnten theoretisch etwa 3 bis 4 000 Kriegsgerichtsverfahren seit Beendigung des Bürgerkrieges nachträglich angefochten werden.

Dies ist ungefähr die Zahl der Verfahren, in denen Manuel Fernández Martín als berichtverstatuender Richter oder Ankläger aufgetreten ist. Die Karriere dieses sonderbaren Richtersoffiziers ohne juristisches Examen begann als Unterleutnant des Sanitätskorps der republikanischen Armee. Er lief dann zum Sanitätskorps der Rebellenarmee über. Mit zifrigem Dienst bei Standgerichten kam er zur Militärgerichtsbarkeit und brachte es sogar unter dem verstorbenen Kriegsminister Franco, dem General Marín Alonso zu dessen juristischem Berater. Dies erklärt vielleicht auch, daß er bei dieser Tätigkeit nie über juristische Zwirneffäden gestolpert ist. Sollte er jetzt stolpern, so würde das einen, wenn auch zaghaften Schritt zum Rechtsstaat darstellen.

25. Juni 1964

An der "Roten Riviera" treffen sich West und Ost

Gesamtdeutsche Begegnung 1964 am Schwarzen Meer

Von Ernst August Kochlau, z.Z. Varna (Bulgarien)

Der Schlagzeuger hämmert hingerissen auf seinem Instrument, das Kläppeln der Saxophone wird von Stakkato der Trompeten überzogen. "Tudat, tudat, tudat again", klingt eine heisere Stimme durch die sich überschlagenden Lautsprecher. Auf der Tanzfläche brodelt es. Pfeife der Begeisterung hallen durch das Lokal. Man muß die auf Bulgaren und auch die geschicktere Getränkekarte zur Hand nehmen, um es zu glauben. Sie sind in "Ostblock", am Schwarzmeer-Strand Bulgariens in der Bucht von Varna.

Hier gibt es mehrere Tanzorchester in jedem größeren Spiellokal, die in den Bars. Unerträglich geben sie die letzten "Hits" westlicher Tanzmusik zum besten. Im bunten Verleumdungs- und mit köstlichen Bräusen - auch die Aufzeichnung einer steigenden Zahl von Ostbesuchern beachtet - schenkt der rote Schritt zu halten - tummeln sich junge und ältere Menschen auf dem Parkett. Es ist tatsächlich manchmal schwer zu sagen, ob ihnen Pa. v. das besonders tief "in die Knie" geht und die bewegtesten Figuren tanzt man aus Düsseldorf oder aus Warschau, aus Leipzig, Prag, Budapest oder nicht gar aus Leningrad stammt. Vier Männer an einem Nebentisch schütteln befreundet die Köpfe, verlangen die Rechnung und verlassen das Lokal, offensichtlich ungehalten über dies Auslandszuständlicher Dekadenz". An ihren Rockaufschlägen tragen sie das Parteisymbol der SED. Ist die Entwicklung im Begriff, über ihren Typ des starren Aktivistens hinwegzugehen?

Ort der Begegnung

Bulgariens Schwarzmeer-Küste ist in dieser Saison, mehr als je zuvor, der Ort einer großen Begegnung von West und Ost. In den Meer-20 neuen Hotels und Kurheimen allein der Badeorte "Druschba" und "Goldstrand" bei Varna, davon mehr als ein Viertel im modernsten Hochhausstil, haben jetzt die großen Gesellschaftsreise-Unternehmen der Bundesrepublik ihre Klotten angeschlagen. Die günstigen Preise, mit denen das staatliche bulgarische Reisebüro "Balkontourist" nahezu alle übrigen europäischen Anbieter unterbietet, haben Tausende aus dem Westen antrahlig an die "Rote Riviera" gelockt.

In den neuen Luxushotels kosten Unterkunft und Vollpension in 312 Zimmern, mit Blick zum Meer, eigener Toilette und Dusche, Veranda und Zimmerservice DM 26,- pro Person. Davon werden DM 14,- in bulgarischer Währung an den Gast zurückgezahlt, die nach freier Wahl für die Mahlzeiten verwendet werden können. Bei den Flugpauschalreisen aus der Bundesrepublik wickeln sich die Preise noch günstiger. Allerdings müssen die Gäste Betten mit dünnen Matrasen sowie nicht selten tropfende Wasserhähne oder ein defektes Schloß am Kleiderschrank in Kauf nehmen.

Gastfreundliches Land

Wenn die Luftansa-Maschine aus Frankfurt/Main nach knapp vierstündigem Flug auf dem gemütlichen kleinen Flugplatz von Varna aufgesetzt hat, betreten die Besucher ein sehr gastfreundliches Land. Die Abfertigung bei der Ankunft geht rasch: bei der Paßkontrolle erfolgt die sorglose Wienerteilung, Gepäck von Touristen wird weder bei der Ein-

noch bei der Ausreise kontrolliert, mitgeführte Devisen brauchen nicht angegeben zu werden. In Bulgarien steht besonders der deutsche Mark nach wie vor hoch im Kurs. Im Kurortgebiet sind viele Aufschriften auch in Deutsch abgefaßt und es gibt dort kaum einen Bulgaren, der nicht wenigstens ein paar Worte Deutsch spricht.

Das ergibt viele Kontaktmöglichkeiten für die deutschen Besucher. Sie können sich zunächst einmal wieder am Zusammenklang der deutschen Dialekte aus dem Rheinland wie aus Thüringen, aus Bayern wie aus Mecklenburg, Berlin und nicht zuletzt aus Sachsen freuen. So, wie es das vor 20 und mehr Jahren in den Seebädern und Kurorten des noch ungeteilten Deutschland gab. Am bulgarischen Badestrand sind es vor allem die Landsleute aus Mitteldeutschland, die oft das persönliche Gespräch mit denen von "drüben" suchen, zu denen sie sonst keinen direkten Kontakt mehr haben können. Die meist ganz ungestörte Aussprache über ihre Probleme gehört für viele sicher zu den schönsten Ferienerfahrungen. Sie können sich ihre Bitterkeit darüber von der Leber reden, daß sie für die gleiche Urlaubsreise den doppelten bis dreifachen Preis zahlen müssen, wie die Landsleute aus der Bundesrepublik und daß ihr meist schwer verdientes Geld, die DM-Ost, an der bulgarischen Wechsel-schalter nicht zum freien Umtausch akzeptiert wird.

Begehrte DM-West

DM-West, Dollar, Franc, Pfund und andere "harte Währungen" können zu jeder Tag- und Nachtzeit in beliebiger Menge in bulgarische Leva eingewechselt werden. Man bekommt das westliche Geld vielfach besonders getauscht als man es ausgeben kann. In den großen Speiserestan-dards drängen sich zu den Hauptessenszeiten viele hunderte von Gästen. Aber die Bedienung ist schleppend. Vielfach wirkt sich hier aus, daß das Entgelt der Beschäftigten an den Gasthäusern fehlt, die ihnen nicht gehören und deren Leitung sie offenbar nicht, der Leistung entsprechend, am Gewinn beteiligt. Für die Köchinnen entfällt die Möglichkeit, sich ihr Fixum durch einen obligatorischen Bedienungsgeld-Anteil zu verbessern, wodurch ihnen die Höhe der Zechen ihrer Gäste ziemlich gleichgültig zu sein scheint. Andererseits lockt ein Angebot von allerlei hübschen Reiseandenken zur Geldausgabe: neben preiswerten Tüchlein und Holzschiffchen, etwa Tefelhandschuhe zum Preis von umgerechnet DM 7 --, eine Pelzmitze für DM 13 -- oder ein Kodeschuck, eine tollge-füllte Wildlederweste für DM 47,50.

In den Hallen der modernen Hotels sind die früher üblichen Bilder der politischen Führer, offenbar mit Rücksicht auf die Gefühle der Devisenbringenden Gäste, durch Stillleben und Blumen ersetzt. Mit der Ankunft englischer Reisegesellschaften wurden neben dem britischen kommunistischen Parteiorgan auch andere Londoner Tageszeitungen ausgelegt. So bildete es einen beinahe pairlichen Kontrast, daß die deutschsprachige Presse bislang ausschließlich durch die Produkte Ostberlins vertreten wurde. Zwar können sich die Gäste ihre Zeitungen aus der Bundesrepublik ungehindert mit der Post zustellen lassen. Die Laufzeit ist jedoch, wie für alle anderen Sendungen auch, ungewöhnlich lange. Ansichtskarten brauchen von der bulgarischen Schwarzmeer-Küste bis in die Bundesrepublik zwischen acht und 16 Tagen.